

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 12mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 Pf., vierteljährl. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 Pf., vierteljährl. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
vierteljährl. 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Zus. Ausland:
Unter Kreuzband 18 M. vierteljährl.

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Kleinanzeigen in Wiesbaden 20 Pf.,
Deutschland 30 Pf., Ausland 40 Pf.
Die Kleinanzeigen 1.20 M.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Anzeigenpreise:
Ankündigungen: Nr. 129,
Redaktion: Nr. 128; Verlag: Nr. 129.

16 Abend-Ausgabe.

Freitag, 9. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Das Urteil im Prozeß gegen Oberst v. Reuter wird Samstag vormittag gefällt.

Das kritisierende Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow wird im Landtag zur Sprache kommen.

Der frühere braunschweigische Staatsminister v. Hartwig ist gestorben.

König Carol von Rumänien ist an Lungenentzündung ernstlich erkrankt.

Eine Hypothekendarf für Wiesbaden.

Es sind nun fast zwei Jahre verflossen, seit an dieser Stelle unternommen wurde, die Notlage des städtischen Grundbesitzes in Wiesbaden von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu beleuchten. Von vielen Seiten angeregt, hatte die „Wiesbad. Zeitung“ (Rhein. Kurier) eine Umfrage veranstaltet, und das Ergebnis in der Nummer vom 22. Februar 1912 veröffentlicht. Wie noch allgemein in Erinnerung sein dürfte, handelte es sich damals um die brennende Frage der zweiten Hypothek, und dieses „Brennen“ war dermaßen heftig, daß man selbst in Kreisen der Stadtverwaltung, die — sei es mit Recht oder Unrecht gelte — Zurückhaltung aufwies und dem Plan einer Mittelschleife bei Beschaffung zweiter Hypotheken ablehnend gegenüberstand, jener Aktion lag bei der Nassauischen Landesbank, und um die Betätigung unseres heimischen Kreditinstituts auf einem neuen Gebiet drehte sich auch die Umfrage.

Was dabei und bei der ganzen Aktion herauskam, das ist heute offenkundig. Leider kann nicht verhehlt werden — einen Vorwurf bedeutet die Feststellung von Tatsachen natürlich nicht —, daß alle bei jener „Zeitung“-Enquete geäußerten Befürwortungen eingetrocknet und daß fast alle vorgebrachten Wünsche... unerfüllt geblieben sind. Ganz besonders besteht sich dieses heute auf die Frage wegen der schweren Belastung unserer Bauunternehmer bei Errichtung eines Neubaus an einer neuen Straße: die Beschwerde über diesen größten Demmisch für die bauliche Entwicklung Wiesbadens bildete in der Umfrage vor zwei Jahren das Alpha und Omega der eingegangenen Antworten.

Geändert hat sich aber in dieser Hinsicht immer noch nichts bei uns, obwohl schon damals auf das Beispiel rheinischer Kommunen verwiesen worden ist, auf die dort gelte Praxis, daß ein jeder Anlieger nur die auf ihn entfallende Rate bei Anlage neuer Straßenzüge zu zahlen, nicht aber die Gesamtkosten vorzulegen hat.

Aber auch ein anderer Punkt, der in der vielbeachteten Aufschrift eines Hausbesitzers und Privatkapitalisten“ beleuchtet worden, nämlich die Begrenztheit der durch unsere Landesbank gewährten Hilfe, steht heute noch genau so, wie damals im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen. Jener Einlenker hatte ausgeprochen, er begrüße wohl mit großer Genugtuung die Erweiterung der Geschäftstätigkeit der Landesbank, er könne aber wegen der allzu weiten Rauten, an die sich das Institut statutengemäß halten müsse, eine wirkliche und dauernde Abhilfe in dem Einbringen des genannten Instituts nicht erblicken...

Inzwischen ist wohl, wie man weiß, die geforderte städtische Beteiligung bei der Gewährung von Hypothekendarf zum Stillstand gekommen — die Notlage aber hat sich nur noch weiter vergrößert. Und wenn auch hierbei die allgemeine Wirtschaftslage mehr in Betracht kommt, als die besonderen örtlichen Umstände; wenn auch auszugehen und anzuerkennen ist, daß die Aktion der Stadt und der Landesbank vielen Hilfe gebracht hat, das Gesamtergebnis bleibt nach dem nunmehr verlaufenen Zeitraum von fast zwei Jahren ein überwiegend negatives.

Und deshalb, weil wir mit Hilfe aller Kapazitäten und Autoritäten immer noch auf dem alten Fleck stehen geblieben sind, sei auch noch eine dritte Aufschrift vom 22. Februar 1912 ausgegraben, deren Verfasser sich einfach als „ein alter Wiesbadener“ bezeichnet und in seinem Schreiben auf des Pudels Kern hingewiesen hat, indem er schrieb:

„Der Kern der Frage liegt eben hier, liegt entfernt von Interessen, die wahrzunehmen sind, und entfernt von einer Befriedigung oder Richtige-führung städtischer Mittel. Der Kern heißt ganz einfach: Wir müssen lernen, weitläufiger zu werden!“

Dieses Urteil trifft in aller Kürze den Nagel auf den Kopf; es hat in den zwei Jahren an Klarheit nichts eingebüßt. Man muß nur die wenigen Worte durch das, was unausgesprochen in ihnen liegt, ergänzen; und gelangt zu der Erkenntnis des einzigliegenden Weges. Mit dem „weitläufiger werden“ ist gemeint, daß alle von einseitiger Interessiertheit beeinflussten Mittel Stück und Bismarck bleiben. Wirkliche Hilfe kann nur werden, wenn das Uebel an derjenigen Stelle angefaßt wird, die ohne Zusammenhang mit Interessentengruppen steht. In den Kreisen der Stadtverwaltung sind allerdings nur „Interessenten“ zu finden. Vielleicht darf man sie vierfach sichten, und zwar sind da zuerst die ex officio zum Eingreifen verpflichteten Beamten, die sich wieder in engere und weitläufige (der Weitläufigkeit ist ja schon lange fortgezogen, er präsidiert jetzt dem Magistrat der allerreichsten Kommune in Preußen) gliedern, und dann die Stadtverordneten, die je nach ihrem Stande als Gewerbetreibender oder nur steuerzahlender Rentner auch in zwei Kategorien zerfallen, in die am Bau-gewerbe Nichtinteressierten, also einer Teilnahme der Stadt-fähler gegenüberstehenden, und in die eigentlichen Vertreter des eingetragenen erwerbstätigen Bürgertums, deren Inter-essiertheit an der Lösung des Problems keiner näheren Ausführung bedarf. Schon bei oberflächlicher Betrachtung der vier auseinandergehenden Temperamente läßt sich erkennen, wie groß die Schwierigkeiten sind, die in allen städtischen Aktionen das hervortretende Merkmal ausmachen: Schwie-

rigkeiten, die getrennt marschierenden (wenn auch vereint wirkenden) Interessenten unter einen Hut zu bringen. Und der oben betonte Kern, das Weitläufige — ist es der dominierende Gesichtspunkt in einer Stadtverwaltung, darf überhaupt die Weitläufigkeit reagieren in Zeitläufen, wo das von der Hand in den Mund leben zur unfreiwilligen De-weise erhoben wird?

Nein, die Weitläufigkeit konnte nicht das Leitende sein in den letzten zwei Jahren einer unerhörten Geldnot und Teuerung. Mitin verflüchtigt sich auch jeder Vorwurf gegen irgend welche Anstalt; in diesen Ausnahmefällen konnte nicht viel geschehen, heute aber, da die Anzeichen einer Besserung auf dem Geldmarkt immer greifbarer in die Erscheinung treten und ein seit Jahr und Tag unbe-kannt gewordener Wettbewerb um langfristige Diskonten wieder das Vorhandensein großer flüssiger Mittel unter vier Prozent offenbart, heute muß der aufmerksame Beobachter der Geldschneise sein ceterum conso wieder aufnehmen. Muß ohne Unterlaß auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, das Uebel abzuheben. Und zwar nicht nur ut aliquid scilicet videtur — nein, etwas Ganzes muß geschaffen werden. Die Zeit der Halbheiten sollte doch vorüber sein. Bei aller Anerkennung der Leistungen, die ermöglicht worden sind durch das gemein-same Vorgehen von Stadt und Landesbank: hat diese Hilfe genügt? Könnte überhaupt unsere Landesbank, deren Hauptarbeitsgebiet das Land, dem städtischen Grundbesitz-markt, eine umfassende Stütze zu leisten? Aus der erwarteten 70 Prozent Beleihungsgrenze sind ja, wie man weiß, in der Regel nur 50 bis 60 Prozent geworden, und dennoch ging die sachkundige Bankleitung in der Be-willigung oft weiter, als die Vorläufe hyperinflationärer städtischer Kommisfäre empfohlen hätten. Diese einfache Feststellung besagt genug, sie weist auf den Weg hin, der zu beschreiten ist, um das Uebel, wie oben angedeutet, bei der Wurzel zu packen. Mit großem Unbehagen haben die Interessenten in unserer Stadt von dem Veto des Ministers vernommen, durch das die Landesbank-Aktion überhaupt lahmgelegt wurde, weil ein Paragraph in den Statuten des kommunalständischen Instituts dem Hypothekendarf als solchem entgegensteht. Wir wollen zugunsten des Wies-badener Baugewerbes hoffen, daß es gelingt, eine gedankliche Faltung dieser Vorschrift bei der Aufsichtsbehörde durchzu-setzen, falls man in den leitenden Bankkreisen in diesem Sinne vorgehen wird. Ist aber damit wirklich etwas Gan-zes getan?

Man frage einmal bei allen Denjenigen an, die es an-geliegt. Und die Antworten werden sich vermutlich wieder um dieselben drei Punkte herum bewegen, die jene modernen Einlenker auf unsere Umfrage vor zwei Jahren angeklammert und die sich, als vom prophetischen Geist erfüllt, erwie-len haben. Es gilt demnach diesmal, weiter zu sehen, und jetzt darf auch wieder das Weitläufige die Stunde regieren. Jetzt, wo die Industriepapiere an den Börsen wieder aufsteigende Notizungen verfolgen — siehe die abwärts gerichtete Linie des Privatdiskonts — und die Reichsbank nach einem Jahre wahrhaft drückender Jankst die Kreditgeber wieder, man darf sagen: „menschlischer“ behandeln kann; wo die Lebens-haltung infolge der Verbilligung einer Reihe der Haupt-konsumartikel sich wieder normalen Sätzen zu nähern be-ginnt und damit das Schwere überhand nehmen scheint. Das Dunkel der Krise also wieder der Morgenröte besserer Zeiten Platz macht — soll da allein das Baugewerbe unter heillosen Depression zu leiden haben? Wohl hat auch der Finanzminister in seiner gefügigen Staatsrede auf das all-gemeine Darniederliegen im Baugewerbe hingewiesen; aber die näheren Umstände dieser Gedrücktheit sind nicht überall die gleichen, und bei uns in Wiesbaden beginnt sich der Bedarf wieder zu regen, während es noch an Kapital für Ren-tanten fehlt. Mehr und minder ist das Wohlergehen der Gesamtheit beteiligt an der Lage des Baugewerbes. Und die Fortentwicklung der ganzen Stadt. Darum gilt es jetzt, einen Anfang machen. Wenn die Kommune nicht kann und die Landesbank nicht darf, dann soll eben das Kapital selbst die Initiative ergreifen und eine Gelegenheit wahrnehmen zu vorteilhaftester Anlage. Eben gibt der Bericht der Hypothekendarf in Hamburg Aufschluß über das Geschäftsergebnis in 1913. Mit Staunen werden Fernstehende ver-nehmen, daß dieses außerordentlich schlechte Jahr den Aktio-nären die höchste Dividende eingebracht hat. Von 1889 bis 1906 gab es acht, dann in den Jahren bis 1912 neun, und für 1913 werden zehn Prozent veranschlagt. In das nicht ein Wort mit einem vergoldeten Zaunpfahl zu nennen? Wir geben vielleicht zu weit, wenn wir von Bourgeois sprechen, die sich in dem angeordneten Sinne bewegen; und es ist zu viel gesagt, die Errichtung einer Hypothekendarf in Aussicht zu stellen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Sollte wer-den, um der... Stillstand Wiesbadens zu heben.

Der preußische Haushaltsetat 1914.

Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 846 230 109 M. ab. Von den Ausgaben entfallen 303 357 401 M. — 6,3 Proz. der Gesamtausgaben auf das Extraordina-rium, gegen 244 086 056 M. — 5,6 Proz. der Gesamtausgaben im Etat für 1913. Einnahmen und Ausgaben halten, wie im Etat für 1913, ohne Anleihe das Gleichgewicht.

Die Abgrenzung im Eisenbahnetat, wonach die Reichseisenbahnen der Eisenbahnverwaltung nur bis zur Höhe von 2,10 Proz. des statistischen Anlagekapitals der Eisen-bahnen zur Deckung allgemeiner Staatsausgaben heran-gezogen werden dürfen, hat für 1914 zur Folge gehabt, daß ein Betrag von 70 151 981 M. zur Verstärkung des Aus-gleichsfonds etatförmig worden ist, gegen 93 482 335 M. im vorigen Etat. Andererseits ist zur Deckung der Mittel für die über die Grenze von 1,15 Proz. des statistischen Anlage-kapitals hinausgehenden Baubedürfnisse der Eisenbahnver-waltung gemäß § 2a Ziffer 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1903 auf die Bestände des Ausgleichsfonds zurückgegriffen und

aus diesen ein Betrag von 45 Mill. M. bei den außer-ordentlichen Einnahmen der Eisenbahnverwaltung einge-stellt worden. — Das Etatsgeheim enthält, wie im Vor-jahre, die Ermächtigung, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse, deren Betriebs-fonds 133 497 000 M. beträgt, Schatzanweisungen bis auf Höhe von 100 Mill. M. ausgeben zu dürfen.

In Besoldungsveränderungen für einzelne Beamtenklassen sind 19 300 000 M. vorgesehen, wovon 15 500 000 M. auf die Eisenbahnverwaltung entfallen. In Zuwendungen an Beamte, die zu oder vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzt sind, und für Witwen und Waisen dieser und der vorher verstorbenen Beamten sind eingestellt 6 514 000 M., gegen 1913 + 1 Mill. M. Von der Verköstigung entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 800 000 M. In Zuwendungen an pensionierte Volksschullehrer und -lehrerinnen, die zu oder vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzt sind, sowie an Witwen und Waisen dieser Lehrer und der vor diesem Zeitpunkt im Amte verstorbenen Volksschullehrer sind 2 550 000 M. in Ansatz gebracht, gegen 1913 + 300 000 M.

Die Staatsschuld beläuft sich auf 10 355 537 144 M. gegen 1913 + 453 768 046 M. — Von der Gesamtschuld ent-fallen auf die Eisenbahnverwaltung 7 810 792 695 M. und auf die Bergverwaltung 1 087 781 379 M.

In Ausgaben erfordert die Staatsschuld: zur Verzinsung (einschließlich der im Laufe des Etatsjahres neu aufzunehmenden Anleihebeträge) 383 525 275 M. gegen 1913 + 17 180 415 M., zur Tilgung (einschließlich eines Betrages von 3 376 000 M. zur Verstärkung der gesetzlichen Schulden-fiktion durch ersparte Zinsen) 65 907 920 M. gegen 1913 + 5 965 270 M., also zusammen 440 434 204 M. gegen 1913 + 145 085 M.

Von den Ausgaben entfallen: auf die Eisenbahn-verwaltung 338 769 219 M. gegen 1913 + 12 084 254 M., auf die Bergverwaltung 9 342 205 M. gegen 1913 + 567 336 M.

Der ungedeckte Matrikularbeitrag ist auf Grund der Anleihe im Entwurf zum Reichshaushaltsetat mit 33 808 128 M. — 84,40 Pf. auf den Kopf der preussischen Bevölkerung in Ansatz gebracht gegen 1913 — 587 884 M. Als Anteil an der Zuwachsteuer sind statt 1 080 000 M. nur noch 580 000 M. eingestellt, mithin 500 000 M. weniger als voraussichtliche Folge der durch das Reichs-gesetz über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 getroffenen Bestimmungen. Des weiteren ist durch dieses Gesetz der Anteil an der Reichserbschaftsteuer von 1/4 auf 1/5 herabgesetzt worden. Der Staatsanlag bleibt infolgedessen mit 7 415 000 M. hinter dem für 1913 um 870 000 M. zurück, obwohl infolge Erhöhung der Steuer-sätze das Einkommen an Reichserbschaftsteuer an sich höher veranschlagt werden konnte.

Aus Anlaß des Reichshauptpostengesetzes vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzl. S. 639) sind an Stempelabgaben von Gesellschaftsverträgen und Versicherungen 18 Mill. M. weniger eingestellt; der Ausfall wird für 1914 vom Reiche vergütet.

Die Veranlagung des Mehrbeitrags macht für 1914 eine einmalige Erhöhung verschiedener Fonds er-forderlich, u. a. bei der Verwaltung der direkten Steuern des Hilfsarbeiterfonds um 100 000 M. und des Stimmene-rationsfonds für mittlere Beamte um 300 000 M.

Der Aufwuchs der Universität Marburg den Neubau eines Hörsaals und Verwal-tungsgebäudes (Gesamtkosten 400 000 M.).

Im Eisenbahnetat sind im Eisenbahndirektions-bezirk Cassel u. a. noch vorgesehen für: Erweiterung des Bahnhofes Bleicherode-Dr., letzte Rate 42 000 M.; Alfeld, letzte Rate 45 000 M.; Cassel, fernere Rate 2 800 000 M.; Wabern und Verbesserung der Leistungsfähigkeit Wabern-Wildungen, fernere Rate 250 000 M.; Erbauung einer Wagenwerkstätte in Wabern, fernere Rate 1 200 000 M.; Erweiterung des Bahnhofes Eichenberg, fern. Rate 300 000 M.; Soest, fern. Rate 150 000 M.; Northeim, fern. Rate 150 000 M.; Gredert, fern. Rate 50 000 M.; Nordhausen, fern. Rate 450 000 M.; Erweiterung der Lokomotivwerkstätte a. Bahnhof Cassel 400 000 M.; Erweiterung des Bahnhofes Salzdorf, f. Rate 50 000 M.; Herstellung einer Wegebefestigung vor Bahnhof Zimmerode 50 000 M.; Erweiterung des Personenbahnhofes Göttingen, f. Rate 400 000 M.; Er-weiterung des Bahnhofes Hirschhausen, f. Rate 50 000 M.; Weisefeld, f. Rate 100 000 M.; Herstellung eines Ueber-holungsgleises a. Bahnhof Schlierbach, f. Rate 100 000 M.; Erweiterung des Bahnhofes Grotte, fern. Rate 50 000 M.; Erweiterung der Hauptwerkstätte Paderborn, fern. Rate 300 000 M.; Erweiterung des Bahnhofes Blankenheim, erste Rate 50 000 M.; Herstellung von zwei Ueberholungs-gleisen an den Bahnhöfen Bielefeldsöbde und Güntershausen, erste Rate 50 000 M.; Erweiterung d. Hauptwerkstätte Göttingen, erste Rate 100 000 M.; Erweiterung des Bahnhofes Bad Sassenhof, erste Rate 50 000 M.

Das Märchen aus dem Saarrevier.

Nunmehr haben die Fortschrittler im Saarrevier ihre Aufzucht gefunden, die Großindustrie beabsichtigt durch einen Rußhandel mit dem Zentrum den Abg. Wassermann abzu-lösen, endgültig aufzugeben müssen. Wie schon mitgeteilt, hat sich der Vorsitzende des fortschrittlichen Wahlkreisesverbandes, Dr. Grein in Reunfingen, durch die eingeleiteten gericht-lichen Schritte bereits veranlaßt gesehen, zu erklären, daß die Fortschrittliche Volkspartei den von den angeklagten urkundlichen Belegen über den Rußhandel, mit denen die Fortschrittler in ihren Versammlungen und in der Presse

von der Eisenbahndirektion Mainz sowie Landbriefträger von der Oberpostdirektion Darmstadt.

Als weitere Geschworene wurden anstelle von den dispensierten Geschworenen Chemiker Epting in Oßsch und Buchhalter Jean Dirschmann in Eltville neu gewählt. Kaufmann Erich Stephan in Wiesbaden und Weingutbesitzer Julius Eipenschied in Miesenheim.

Ueberfüllung im Betreffe der Gemeindebeamten. Der Zentralverband der Gemeindebeamten wendet sich in einem Rundschreiben an die Schulleiter und Lehrer mit der Bitte, die die Schule verlassenden Knaben recht eindringlich darauf aufmerksam zu machen, daß der Eintritt als Lehrling bei einer Gemeindeverwaltung nicht empfohlen werden könne, da zurzeit eine große Ueberfüllung mit Lehrlingen und Anwärtern bestehe und alle Angelegenheiten auch darauf hinweisen, daß hierin bis auf weiteres keine Wendung zum Besseren eintreten wird. Wenn die Angabe, daß auf etwa 8000 Beamtenstellen rund 16000 Wartende kommen, richtig ist, sind die Aussichten allerdings nicht gerade rosig. Ob der Appell aber großen Erfolg zeitigen wird, dürfte auch hier zu bezweifeln sein.

Belehrung und nassanisches Leibnizrecht. Der Verfasser der unter diesem Titel in Nr. 14 der „Wiesb. Zig.“ erschienenen Ausführungen ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß in der 6. und 7. Zeile der 3. Spalte statt des Wortes „Ergänzung“ „Ergänzungs“ und in der 25. Zeile derselben Spalte statt des Wortes „Satz“ zu lesen sei.

Allgemeine photographische Ausstellung in Wiesbaden. In einer vorbereitenden Sitzung im „Wiesbadener Hof“ wurde die Veranstaltung einer Allgemeinen photographischen Ausstellung in Wiesbaden im September 1914 beschlossen. Der Arbeitsausschuß setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Dr. med. Stein, Direktor Kesselring, G. Moedel, Diplom-Ingenieur Barth-Viebrich, Dr. Behn-Mainz, Kunstmalers Hans Böcker, C. A. Steib, Th. Reich, G. Grelbauer, Bernhard Hübner, R. Reinhardt, R. Auf, B. Naupp, Prof. Dr. Peters, Sekretär A. Zimmermann. Die Ausstellung ist sowohl für Wiesbader wie für Berufsphotographen gedacht; es sollen in derselben die Bilder von Wiesbaden und dem Taunus zu einer besonderen Gruppe vereinigt werden.

Das Kaufmännische Lehrerseminar Wiesbaden (Lehrerabteilung im D. S. B.) veranstaltete am Neujahrstag nachm. 4 Uhr im Saale des Turnvereins, Hellmuthstraße, eine wohlgeleitete Weihnachtsfeier. Eröffnet wurde die Feier durch die Musikabteilung des D. S. B., worauf nach der Begrüßungsansprache Herr Bauvorsteher Schellin die Rede hielt. Neben Musikdarbietungen wurde das Theaterstück „Reinholdsbauer“ von unserem hiesigen Chorsänger Herrn Ad. Speck zur Aufführung gebracht, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Verlosung beendete die in allen Teilen harmonisch verlaufene Feier. — Am Samstag, den 10. Jan., wird Herr Speck in einem Unterhaltungsabend durch Vorträge und Gesangsdarbietungen im Lehrerseminar, Hotel Vogel, Weinstraße, mitwirken. Dazu sind alle Lehrlinge eingeladen.

Tanzabend. Am Mittwochabend vereinigte ein vornehmer Tanzabend für moderne Tänze die Privatschüler des Tanzinstituts Julius Bier und Frau, Adelheidstraße 86, im großen Saale der Loge Plato in der Friedrichstraße. Eine exklusive sehr elegante Gesellschaft hatte sich zahlreich eingefunden. Unter anderem wurde der neueste Salontanz „Maxixe brésilienne“, eine Schöpfung des Pariser Prof. Duque, in der Weise vorgeführt, wie derselbe i. St. auf dem Baden-Bader Internationalen Tanz-Turnier von dem berühmten Tänzer Herrn R. A. Leonard-Berlin getanzt wurde.

Das vord. das größte Meisterwerk der Filmkunst, kommt von Samstag, den 10. bis 16. Januar im hiesigen Edison-Theater, Rheinstraße 47, zur Vorführung. Das vord. ist bekanntlich das größte bisher unübertroffene Drama von pompöser, szenischer Aufmachung. Prächtige Darstellung des antiken Roms, der Kaiserherrlichkeit Neros, der Christenverfolgung, der römischen Zirkuskünste, des Brandes von Rom, kurz jener großen historischen Zeit, die von jeder das regste Interesse aller Gelehrten und wissenschaftlich Gebildeten erregte.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Königliche Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag D, Montag B, Dienstag C, Mittwoch A, Donnerstag.

Theater.

Königliches Hoftheater. Wiesbaden, 9. Jan. Die gestrige Aufführung der „Fledermaus“ fand unter einem außergewöhnlich günstigen Stern. Sowohl hinsichtlich der verschiedenen Einzelleistungen, wie auch des Zusammenhanges blieb kaum irgend ein berechtigter Wunsch unerfüllt und nur selten hatte daher in letzter Zeit das durch seinen Genuß wie seinen Elendreichtum gleich herzerregende Werk sich eines solch eumütigen, köstlichen Erfolges zu erfreuen, wie am gestrigen Abend. Den „Fledermaus“ sang Herr M. Haas aus Breslau, der mit der flotten Wiederkehr dieses liebenswürdigen Schwerenöters den günstigen Eindruck seiner ersten Gastrolle, des „David“ in den „Reisefingern“, noch wesentlich verstärkte und zweifellos als der bei weitem ausfallsreichste aller bisherigen Tenorbuffo-Gäste bezeichnet werden muß. — Neu besetzt waren ferner die Rollen der „Adele“ und des „Orlovsky“. Für den Letzteren hatte Frau Valzer-Sichtenstein ihr sympathisches, voll ausgebeugtes Organ höchst erfolgreich eingesetzt; darstellerisch blieb die Künstlerin jedoch erheblich hinter unseren Erwartungen zurück; ein Umstand, an welchem den Stereotypen und ziemlich unsicheren (möglicherweise durch das fremde Kostüm veranlaßten) Armbewegungen wohl die Hauptschuld beizumessen ist. — Gänzlich gleichfalls ganz vorzüglich war Frau Krämer. Wir entinnen uns kaum, jemals eine mit gleich hervorragenden und schönen Stimmteilen ausgestattete „Adele“ gehört zu haben, als gerade Frau Krämer, die auch im Spiel abermals ganz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hatte und infolgedessen am gestrigen Abend von der zahlreich versammelten Zuhörerschaft in besonders schmeichehafter Weise ausgezeichnet wurde. Von den übrigen Mitwirkenden verdienen außer Frau Friedfeldt, unserer prächtigen „Rosalinde“, noch die Herren Scherer, Herrmann und Rehkopf mit besonderem Lobe genannt zu werden, neben denen auch die Vertreter der teilweise neu besetzten kleineren Partien noch Kräfte bestrebt waren, die Vorstellung zu einer möglichst abgerundeten und interessanten zu gestalten. An dem lebhaften Gesamterfolg dürfte schließlich auch das Königl. Orchester seinen Anteil beanspruchen, das die prächtigen Orchesterlichen Melodien — diesmal ausnahmsweise unter Leitung des Herrn Professor Schlar — mit größter Reinheit sowie pevnlicher rhythmischer und dynamischer Präzision zum Vortrag brachte.

F. K.

tag B, Freitag C, Samstag D, Sonntag A, Montag B. — Im Hoftheater gelangt heute Calderons Schauspiel „Der Richter von Salamea“ in der bekannten Fassung zur Aufführung (Ab. A.). Samstag wird die beliebte Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß wiederholt werden (Ab. C), während am Sonntag im Ab. D die große Oper „Die Waise von Saba“ von Carl Goldmark mit Fräulein Englerth in der Titelrolle in Szene gehen wird. Bei dieser Gelegenheit singt Herr Schubert hier zum ersten Male den „Käse“.

Kaufmännischer Verein Morgen Abend findet im Festsaale der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, das 28. Stiftungsfest in Form einer Abendunterhaltung mit Ball statt. Wie im letzten Jahre so wird auch dieses Jahr wieder der unterhaltende Teil von Mitgliedern der hiesigen Hofbühne bestritten. Fräulein M. Bommer wird außer einer Arie aus dem „Walden des Eremiten“ einige neue Lieder von Strauß, Wolf und Brahms zu Gehör bringen. Zum erstenmal wird auch Herr v. Schand, unser geschätzter Dabuffo, auftreten, und zwar in ernsten und besseren Gesangsvorträgen. Auch Hofkapellmeister Herrmann hat seine Mitwirkung zugesagt und wird einige neue Tanzstücke aufführen.

Nassau und Nachbargebiete.

□ Nordenstadt, 8. Jan. Krieger- und Militärverein. In der gestern Abend abgehaltenen Jahresversammlung wurde der seit herige Vorstand mit Bürgermeister Gleicher an der Spitze einstimmig wiedergewählt. An die Stelle des seit herigen Kassierers trat Landwirt Ph. Meyer. Beschlossen wurde, den Geburtstag des Kaisers durch die Veranstaltung eines Familienabends zu feiern. Die Feier soll durch die Vorführung kinematographischer Bilder verschönt werden.

h. Höchst, 8. Jan. In der heutigen Stadtvorordneten-Sitzung wurden die neugewählten Mitglieder durch den Vorsitzenden Dr. Weil verpflichtet und eingeführt. Für den verstorbenen Herrn Dröfer wurde Stadtvorordneter Ferdinand Schrödt mit 19 gegen 10 Stimmen, die Stadtv. Richter erhielt, zum unbedingten Stadtrat gewählt. — Die Wahl der Ausschüsse ergab im allgemeinen Wiederaufwahl der bisherigen Herren. — Der Firma Göttsch und Sohn in Frankfurt wurde für 5 Jahre gegen eine jährliche Gebühr von 500 Mark das Monopol für das öffentliche Anschlagwesen erteilt. — Auf Antrag des Stadtv. Hofmann soll für die hiesigen Geschäftsleute und Vereinigungen ein Rabatt von 20 Prozent gefordert werden. — Auf eine Anfrage erklärte Bürgermeister Dr. Janke, daß das neue Empfangsgebäude am Bahnhof am 1. Juli eröffnet werden soll.

□ Bad Ems, 8. Jan. Wahlen. — Verkauf. Für die jäh verstorbenen Karl Becker und Gustav Herter wurden Brunnendirektor Richard Nieß und Rentner Carl Flid zu katholischen Kirchenvorstehern gewählt. Die katholische Kirchengemeindevertretung gab ihre Zustimmung zum Verkauf, des auf der „Wiese“ gelegenen Weingartens des Kirchenvorstehers Jakob Rai für 16000 Mark, um dort ein katholisches Gemeindehaus nebst einem katholischen Spielplatz zu errichten, da der in der Wiesbadener berggerichtliche Platz anderweitige Verwendung gefunden hat.

□ Diez, 8. Jan. Stimmerbrand. — Vermittelt. In der Wohnung des Chauffeurs Müller am oberen Markt geriet in der Abwesenheit der Eltern eine neben dem Ofen stehende Holzstube in Brand. Ein 14-jähriger Junge hatte die Heizeisen angezündet, Wasser auf das Feuer zu schütten, wodurch ein Umsturzreifen des verheerenden Elements verhindert wurde. Ein im Nebenzimmer schlafendes Kind erlitt eine schwere Rauchvergiftung, sodaß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. — Seit dem 1. Januar wird der beim hiesigen Wasserbauamt beschäftigte Gustav Sandow aus Michelbach vermisst. Er ist morgens aus seiner Wohnung in Michelbach weggegangen, aber nicht hierhergekommen. Von Frankfurt aus schrieb er seiner Schwester um Geld und seitdem fehlt jede Spur von ihm.

□ Mainz, 9. Jan. Flucht der Eisenbahnverwaltung in die Öffentlichkeit. Von der Eisenbahndirektion Mainz erhalten wir folgende Zuschrift: Bahngärtner Heinrich hatte als Vorsitzender der Bezirksvereinigung Mainz des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Händler und Arbeiter (Sib Berlin), trotzdem er wiederholt zu sachlicherem Auftreten ermahnt worden war, in öffentlicher Versammlung der Staatsbahnenverwaltung vorgeworfen, daß die Arbeiter mit dem Beschwörer bittere Erfahrungen gemacht hätten, daß sie fürchten müßten, wegen ihrer Anträge in den Arbeiterausschüssen gemahngelt zu werden, daß Lohnzulagen gemacht und nicht eingehalten seien, daß die soziale Fürsorge der Verwaltung ungenügend sei usw. usw. Als hierauf verlangt werden mußte, daß er seine Anklagen beweise, hatte er ein Material so denkbar dürftiger Art vorgebracht, daß sich seine Behauptungen nach eingehender Untersuchung, an deren Schluß er selbst ausdrücklich anerkannte, daß er in keiner Weise in der Verteidigung beschränkt worden sei, fast ausnahmslos als trass Ueberhebungen, Entstellungen und Unwahrheiten erwiesen haben. Statt von dem Recht der Entlassung Gebrauch zu machen, hat die Verwaltung in weitestgehender Nachsicht ihm lediglich aufgelegt, der Arbeiterschaft dieses Ergebnis der Untersuchung ohne abgemähte und unwahre Zusätze und in angemessener, einwandfreier Form bekannt zu geben. Heinrich hat darauf in einer Versammlung des Ortsvereins Mainz zwar die Schreiben der Direktion verlesen, hierbei aber unter offener Aufzeichnung gegen die Dienstbehörde und in der ausgesprochenen Absicht, es zur Entlassung zu treiben, die ihm als unzutreffend nachgewiesenen Behauptungen in verschärfte Form beweislos wiederholt und gegen die Eisenbahnverwaltung erneute Angriffe und Schmähungen, wie den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit, der Parteilichkeit, der Niedertracht der Wahrheit, usw., gerichtet, für die er gleichfalls den Beweis schuldig blieb. Erst hierauf hat die Direktion von dem vertragsmäßigen Recht, sein Dienstverhältnis mit vierzehntägiger Frist zu kündigen, Gebrauch gemacht und gleichzeitig im Interesse der Disziplin unter Voranzahlung des ganzen Lohnes für die Dauer der Kündigungsfrist auf seine Tätigkeit verzichtet. Die Kündigung des Herrn Heinrich, der seine Angriffe gegen die Verwaltung jetzt in dem sozialdemokratischen Mainzer Organ fortsetzt, richtet sich, wie auch unsere Arbeiter wissen, in keiner Weise gegen den bisher von ihm vertretenen Verein oder gegen das Recht der Arbeiter, in Vereinen und Versammlungen ihre Wünsche, die von der Eisenbahnbehörde, soweit sie berechtigt sind, nach Möglichkeit stets gern erfüllt werden, sachgemäß vorzubringen. Die Direktion glaubt vielmehr, nachdem die bis zur äußersten Grenze geübte Nachsicht völlig vergeblich gewesen ist und da doch zur Wahrung der Verwaltung anvertrauen, alle Staatsbürger gleichmäßig angehenden, gewichtigen Interessen Ordnung und Disziplin unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen, durch die Entfernung dieses unbotmäßigen Arbeiters aus

dem Staatsbahndienst lediglich ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Rm. Darmstadt, 8. Jan. Eine eigenartige Testamentbestimmung. In der heutigen Stadtvorordneten-Sitzung gab Oberbürgermeister Dr. Gläffing bekannt, daß die verstorbene Privatierin Frau E. Henn im ihrem Testament ihr Vermögen, das nicht unbeträchtlich ist, zu zwei Dritteln der Stadt Darmstadt und zu einem Drittel der Blindenanstalt in Friedberg hinterlassen hat. Der Stadt Darmstadt wird dabei die Verpflichtung auferlegt, den Zinsenertrag des ihr zugehenden Erbteils in erster Linie dazu zu verwenden, jährlich bei Beginn der Schule für den Winter arme, kränkliche und schwächliche Kinder mit Schuhen zu beschenken, das ererbte Geld aber niemals zu Bauen oder Denkmälern zu verwenden.

Oberst v. Reuter vor Gericht.

Die Rede des Anklage-Vertreters.

Zur Begründung seines Antrages führt der Anklagevertreter aus:

Seit fünf Wochen wurden über die Zaberner Vorgänge die widersprechendsten Meldungen und Ansichten verbreitet. Festgestellt sei, daß am 6. November eine brüllende Menge vor dem „Karsen“ gestanden habe. Oberst von Reuter habe den Leutnant v. Fortner herausgeholt. Sicherheitsbeamte seien nicht dagewesen. Der Oberst v. Reuter habe eine Ansprache an die Menge gehalten, die aber vom Volke ganz anders aufgefaßt worden sei, als sie gemeint gewesen wäre. Es seien vielmehr Schimpfworte wie „Schwob“ gerufen worden. Auch ein Beitrag zu der Harmlosigkeit und Friedfertigkeit der Bevölkerung, fügte der Anklagevertreter hinzu. Bezeichnend seien die Aussagen der Zeugin Gorka bezüglich der Vorgänge am folgenden Sonntag. Sie sprach von einer „Horde“ und „das Bild werde ihr unaussprechlich sein“. „Sie habe es nicht für möglich gehalten, daß auf deutschem Boden Offiziere in dieser Weise angegriffen werden konnten.“ Es befinde die Tatsache, daß ohne jeden Grund auf der Straße am hellen Tage zwei Offiziere, Leutnant v. Fortner und Sanitätsassistent Vogt, von einer großen schreienden Menge in der größten Wille belästigt und mit etwa 20 Steinen beworfen wurden. Der Unfug habe sich abends in der Hauptstraße fortgesetzt. Manchmal habe es ausgesehen wie beim Karneval. Man habe sich auf Kosten des Leutnants v. Fortner amüsiert. Der Anklagevertreter schildert dann in eingehender Weise die Vorgänge an den folgenden Tagen. Es ergab sich nun die Frage, ob die Maßnahmen des Kreisdirektors genügen oder nicht. Ich möchte, sagte Dr. Osander, die Frage bejahen unter der Voraussetzung, daß eine Kontrolle über die Polizei ausgeübt wurde, und die auch ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße erfüllte. Der Anklagevertreter kam nun weiter auf die Haltung des „Zaberner Anzeigers“ zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Redakteur Wiedede ein großer Teil der moralischen Schuld für die Vorkommnisse in Zabern treffe. Er sei gleichsam der Regisseur der Verheerungen gewesen. Als der Oberst, der am 12. November beurlaubt war, am 17. November die Führung des Regiments wieder übernahm, hätten die bayerischen Artikel wieder eingeleitet. Der Pöbel, fuhr der Anklagevertreter fort, hätte sich erneut bemerkbar gemacht. Ich sage mit Absicht „Pöbel“, weil ich die gute Zaberner Bevölkerung nicht für schuldig gehalten habe, sich an derartigen Demonstrationen zu beteiligen. Es waren meist halbwüchsige Burichen, die Freude am Spektakel hatten. Bis her von Seiten der Offiziere nichts geschehen, um sich der Schmähungen zu erwehren. Man muß sich aber fragen: Hatte denn die Bevölkerung ein Recht, sich an den Offizieren in dieser Weise auszulassen? Waren denn die Offiziere vogelfrei? Weder von der Polizei noch von der Gendarmerie wurden sie geschützt. Aus alledem, was wir gehört haben, schließe ich, daß System in der Handlungsweise der Unruhestifter lag. War nun das Einschreiten des Militärs berechtigt? Hat diese Veranlassung Arbeit darüber geschaffen? Diese Frage habe ich heute dem Gericht vorzulegen. Redner würdigt dann die einzelnen Zeugenansagen eingehend. Der Anklagevertreter kommt zu dem Schluß: Nachdem die Polizei versagt hatte, war Oberst von Reuter der vollen Ueberzeugung, daß es Pflicht und Ehre gebieten, die angegriffene Ehre und das geschädigte Ansehen der Offiziere wiederherzustellen. Er hielt sich für berechtigt, am 28. November an die Stelle der ausfindigen Zivilgewalt zu treten. Damit fällt das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Es galt, einem tatsächlich unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Daß Mikariffe in der Ausführung der Befehle vorgekommen sind, ist angesichts der Situation begreiflich. Die Anklage, daß Oberst v. Reuter sich die Exekutivgewalt angeeignet habe, läßt sich nicht aufrechterhalten. Ich beantrage daher in diesem Punkte Freisprechung. Anders steht es mit der Anklage der Freiheitsberaubung. Hier beantrage ich 7 Tage Gefängnis. Der Angeklagte dürfte die Militierten nicht länger zurückgehalten, nachdem ihm der Regierungsamtmann versichert hatte, daß er weiterhin mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde. Der Oberst hatte jetzt nicht mehr die Gewalt in Händen. Gegen Leutnant Schadt beantrage der Anklagevertreter 3 Tage Gefängnis, weil er es als erwiesen hält, daß Leutnant Schadt den Zeugen Kormann auf die Wade geschlagen hat. Von der Anklage der Freiheitsberaubung und des Hausfriedensbruchs sei Leutnant Schadt freizusprechen.

Die Rede des Verteidigers.

Rechtsanwalt Grossart führt in längerer Rede aus, daß dem Obersten v. Reuter schweres Unrecht geschehen sei. Man müsse lebhaft beklagen, daß der Zaberner Angelegenheit eine politische Note aufgedrängt worden sei, und im Reichstage niemand Mannes genug gewesen sei, mit dem Reichstagsler zu sagen: „Baret ab. Es steht Anklage gegen Anklage. Die Gerichte werden die volle Aufklärung bringen.“ Was in Zabern vorgekommen sei, das sei nicht von den guten Elementen ausgegangen, sondern von Leuten, die Unfrieden schaffen wollten und nur ihr eigenes Interesse im Auge hatten. Man werde jetzt aufatmen, und jeder anständige Offizier werde sich sagen, daß es nur infolge der infamen Aufschauung und Entstellung des wahren Sachverhaltes, gestützt auf die Artikel des „Zaberner Anzeigers“, soweit hätte kommen können. Es wäre ein Schimpf für Zabern, daß am hellen Tage auf öffentlicher Straße Offiziere der deutschen Armee in der unerhörten Weise beleidigt und belästigt worden seien. Im Elfaß sei man so etwas nicht gewöhnt. Am 28. November seien Anklagen vorgekommen. Der Verteidiger bespricht hierauf auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und militärischen Dienstvorschriften den Standpunkt, daß Oberst v. Reuter auch objektiv zu seinen Maßnahmen berechtigt gewesen sei. Die Verhafteten hätten zum Zwecke der Feststellung zurückgehalten werden müssen. Oberst v. Reuter sei nicht der Soldat, der sich auf das Bürgerrecht gestützt habe, sondern der in ehrlicher Ueberzeugung bekräftigt gewesen sei, die Ordnung wieder herzustellen, die in unverantwortlicher Weise gestört worden sei. Die Verdon des Obersten v. Reuter sei in jeder Beziehung einwandfrei, wenn auch das Verhältnis zwischen ihm und dem Kreisdirektor nicht gewesen sei, wie es hätte sein sollen. Der

Wilhelmstrasse 30.

H. STEIN

Wilhelmstrasse 30.

Besonderes Angebot eines grossen Postens

moderner **Morgenröcke, Blousen u. Teagowns**

dieser Saison

zu ausserordentlich billigen Preisen

anfangend von Mk. **12⁵⁰** bis Mk. **38⁰⁰**

28

Bayern-Verein Wiesbaden

Gegründet 1908. Unter dem hohen Protektorate Sr. Kgl. Hoheit Kronprinz Rupprecht v. Bayern.

Geburtstag-Feier**König Ludwig III. von Bayern**

am Samstag, den 10. Januar 1914, abends 8½ Uhr in sämtlichen Räumen des „Pavillonchöfchen“ an der Sonnenberger Strasse bestehend in

Konzert und Ball.

Mitwirkende: Männer-Gesang-Verein „Cäcilia“, Wiesbadener Singschule, Hr. Gerold u. Frau Feuerstein, Konzerttänzerinnen, am Flügel: Hr. J. v. Pfeilschifter, Herr Hans Bürger vom Mainzer Stadttheater, Schulplattler und Kinderabteilung des Vereins. Musik: Musik-Verein Wiesbaden.

Eintritt frei. Zwei Ballordner. Ball frei.

Balletleitung: Herr Tanzlehrer Hoff. Hierzu laden wir alle Ehrenmitglieder, sowie die gesamte Mittelschicht, Landsleute und Gönner ganz ergebenst ein.

L6760 Der Vorstand.

Automobil-Centrale

Wiesbaden, Bahnhofstrasse 20.

Telefonruf für unsere Auto-Taximeter und

Privat-Luxus-Automobile

ab 1. Januar 1914

3002

Automobil-Centrale 6160, 6161, 6162.**Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande**
(Allgemeiner deutscher Schulverein).**Deutscher Abend**

zur Erinnerung an die Begründung des Deutschen Reichs

am Mittwoch, den 14. Januar, abends 8½ Uhr

in der Turnhalle, Hellmündstrasse 25.

Alle deutschgesinnten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen; Gäste sind willkommen. — Plätze können nicht vor 8 Uhr belegt werden. 1761

Der Vorstand.

Dienstag, 13. Januar 1914, abends 8½ Uhr in der Loge Plato, Friedrichstrasse:

Vortrag

von Frau Li Fischer-Eckert, Dr. rer. pol.:

Frauenwünsche in Gemeinde und Staat.

Gäste willkommen. Eintritt frei. Vorbehalten Plätze zu 50 Pf. bei Roritz u. Rünzel, Roetersbachener und Wahl und abends an der Kasse.

Frauenstimmrechts-Berband für Westdeutschland
1763 Ortsgruppe Wiesbaden.In unser Handelsregister B Nr. 14 ist heute der Weinbändler Peter Breuer in Hildesheim als Geschäftsführer der Firma Scholl und Dillendahl & Co. m. b. H. in Hildesheim eingetragen worden. Die Prokura des Weinbändlers Peter Breuer in Hildesheim ist durch seine Ernennung zum Geschäftsführer erloschen. Dem Kaufmann Emil Reichardt in Hildesheim ist Prokura in der Art erteilt, daß er gemeinschaftlich mit einem Geschäftsführer zeichnen darf.
Hildesheim, den 5. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Zeichnungseinladung.**M 8000 000****4% reichsmündelsichere Anleihe der Stadt Dortmund von 1914**

tilgbar durch Auslosungen oder Rückkäufe mit jährlich 1¼% des ursprünglichen Anleihekapitals unter Zuwachs der ersparten Zinsen, verstärkte Tilgung vom 1. Dezember 1924 ab zulässig, mit Zinslauf vom 1. Dezember 1913 und halbjährigen Zinsscheinen, eingeteilt in Stücke zu M 5000, M 2000, M 1000, M 500 und M 200

werden unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt:

1. Zeichnungen werden entgegengenommen bis einschliesslich

Dienstag, den 13. Januar 1914

in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie, dem Bankhause Delbrück Schickler & Co., dem Rheinisch-Westfäl. Disconto-Gesellschaft A.-G., dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., dem Bank für Handel u. Industrie Filiale Breslau, vormals Breslauer Disconto-Bank.

in Essen (Ruhr) bei der Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen, dem Bankhause Simon Hirschland, in Hannover bei der Bank für Handel u. Industrie Filiale Hannover, dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn, in Magdeburg bei der Magdeburger Bank-Verein, sowie bei den sonstigen Niederlassungen der vorerwähnten Firmen.

auf Grund eines bei den Stellen erhältlichen Zeichnungsscheines. Früherer Schluss der Zeichnung am letzten Zeichnungstage bleibt dem Ermessen einer jeden Stelle vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt

93,80

zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Dezember 1913 bis zum Abnahmetage. Den Stempel der Zuteilungsschlusssnote hat der Zeichner zu tragen.

3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Zeichenstelle eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Betrages in bar oder in solchen Wertpapieren zu hinterlegen, die von der betreffenden Stelle als zulässig erachtet werden.

4. Zeichnungen, die unter Uebnahme einer Sperrverpflichtung erfolgen, finden vorzugsweise Berücksichtigung.

5. Die Zuteilung unterliegt dem freien Ermessen einer jeden Zeichenstelle und erfolgt so bald als möglich nach Schluss der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner.

6. Die Abnahme der Stücke, deren Einführung an der Berliner Börse erfolgen wird, hat gegen Zahlung des Kaufpreises in der Zeit vom 21.-26. Januar 1914 einschliesslich bei derjenigen Stelle, bei der die Anmeldung erfolgt ist, zu geschehen.

Berlin, Aachen, Barmen, Breslau, Essen (Ruhr), Hannover, Magdeburg, im Januar 1914.

Direction der Disconto-Gesellschaft. Bank für Handel und Industrie.
Delbrück Schickler & Co. Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
E. Heimann. Simon Hirschland. Magdeburger Bank-Verein.
Ephraim Meyer & Sohn. Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G.

in Wiesbaden bei der Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Wiesbaden,

Bank für Handel und Industrie Niederlassung
Wiesbaden (vormals Martin Wiener).**Kohlen-Konsum**
„Glück auf“

Carl Ernst

Telefon-Nr. 6581. 2 Am Römertor 2 Telefon-Nr. 6581.



Prima Qualitäten. Billige Preise.

Kohlen. Koks.

Briketts. Brennholz.

Ämtliche Anzeigen

Verdingung.
Die Klempnerarbeiten (Ausführung in Blei und Kupfer) für den Neubau des Museums an der Kaiserstrasse (Pos 1 bis 6) sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden. Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können im Verwaltungsbau Friedrichstrasse 19, Zimmer 9, eingesehen und von dort bezogen werden. Verschluss und mit der Aufschrift „S. A. 80 Pos.“ versehenen Angebote sind spätestens bis Donnerstag, den 12. Januar 1914, vormittags 9 Uhr, hierher einzureichen.
Wiesbaden, 31. Dezember 1913. Städt. Bauamt.

Verdingung.
Die Dachdeckerarbeiten (Rheinischer oder Langhaeder-Schiefer), Pos 1 bis 6, für den Museumsneubau an der Kaiserstrasse hier soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden. Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können im Verwaltungsbau Friedrichstrasse 19, Zimmer 9, eingesehen und von dort bezogen werden. Verschluss und mit der Aufschrift „S. A. 80 Pos.“ versehenen Angebote sind spätestens bis Donnerstag, den 15. Januar 1914, vormittags 10 Uhr, hierher einzureichen.
Wiesbaden, den 7. Jan. 1914. Städt. Bauamt.

Verdingung.
Die Lieferung des Bedarfs an Leinwand, Puhwolle und Seilen etc. im Rechnungsjahre 1914 soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden. Angebotsformulare und Verdingungsunterlagen können im Rathaus, Zimmer 57, eingesehen, die Verdingungsunterlagen auch von dort bezogen werden. Verschluss und mit entprechender Aufschrift versehenen Angebote sind spätestens bis Dienstag, den 20. Januar 1914, vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Zimmer 57, einzureichen.
Wiesbaden, den 2. Januar 1914. Städt. Bauamt.

Veränderungen im Familienstand.**Gestorben.**

Am 5. Januar: Frau Johanne Schick, geb. Schick, 78 J. Ehef. Josef Schick, geb. Döppel, 65 J. Oberlehrer a. D. Dr. Ernst Schmidt, 70 J. Frau Julie von Friedberg, geb. Rastbach, 88 J. — Am 6. Januar: Emma Schick, geb. Schick, 60 J. Invalide Friedrich Schick, 60 J. Artz Winkler, 1 J. Kaufmann Fritz Bonheim, 29 J. Frau Gertrude Warburg, geb. Stant, 78 J.

Allen denen, die uns bei unserem schweren Verluste so wohlthuende Teilnahme erwiesen, sagen wir herzlichen Dank.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Clara Panthel

geb. Cratz.

Wiesbaden, 9. Januar 1914.

53

Mutter vier lieb. Kinder, aus ansehn. rhein. Familie, welche d. Kranth. d. Mannes neuwinnen. ein Darf. aufzun., bittet Selbstgeher um ein Darlehen von 4000 Mark.

bei ratenw. Rückzahl. u. Zinsen. Aus Dankbark. gebe d. Netter m. Familienlieb. 2 Takt., welche über 130 J. in m. Fam. und 6 Takt. Zeller aus dem ersten Jahre d. F. 9. 20. Off. unter N. 2016 zur Weiterbeförd. an H. Roffe, Wiesbaden. Vermittler verboten.

**Sportsleute und Radfahrer**

schützen sich vor Husten, Heiserkeit, Katarrh durch

Wybert-Tabletten

Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Prof. Ehrlich's

geniale Erfindung für Syphilitiker.

Anf. Brosch. 3. Abdruck u. gründl. Erklärung all. Unterleiden, ohne Berufstör., ohne Rückfall. Disk. verschl. N. 120. Spezialarzt Dr. med. Th. Schenck. Biochemisches Heilverfahren. Frankfurt a. Main, Kronprinzenstr. 45 (Hauptbahnhof). Köln, U. Sachsenhausen 9. Berlin W. 8, Leipzigerstr. 105.

Umrechnung: Pf. St. = M. 20.40. || Fr., Lire, Peseta, Lei = M. 0.80. || Oest. fl. (Gold) = M. 2. || 1 öst. fl. (Whrg.) M. 1.70. || 1 öst.-ung. Krone = M. 0.85. || 1 skand. Krone M. 1.12
1 fl. holl. = M. 1.70. || 1 alt. Grbl d. = M. 3.20. || 1 Rbl. alt. Kred. Rbl. = M. 2.16. || 1 arg. Goldpesa = M. 4. || 1 arg. Papierpesa = M. 1.75 || 1 Doll. = M. 4.20.

Alle Drucksachen für Bankgeschäfte in sauberer Ausführung liefert umgehend die Buchdruckerei der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H., Nicolassstrasse 11.